

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 247

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halver
Freitag, den 20. Oktober 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 3.— M., im
Retikett 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten-Beilage 6.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zur Reichspräsidentenwahl hat das Zentrum einen Kompromissantrag eingebracht, wonach die Amtsdauer des jetzigen Präsidenten am 1. Juli 1925 ablaufen soll.
- * Der Reichspostminister kündigte eine Verdoppelung der Postgebühren zum 1. Dezember bzw. 1. Januar an.
- * Die amerikanische Regierung bereitet die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein vor.
- * Morgan soll aufgefordert worden sein, in eine Kommission zur Stabilisierung der deutschen Währung einzutreten. Man rechnet mit einer Festlegung der Mark auf der Basis eines Dollarkurses von 750 bis 1000.
- * Die französischen Zeitungen kündigen neue scharfe Kontrollmaßnahmen gegen Deutschland an.
- * Lloyd George beabsichtigt, nicht zurückzutreten, sondern das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Der Wettlauf um Rußland.

Wie rasch sich die Dinge ändern hier unter dem wechselnden Mond! Als die große Konferenz von Genua auseinanderging und die russischen Sowjetdelegierten mit allen Zeichen offizieller Mißachtung nach Hause geschickt wurden, weil sie es für richtig gehalten hatten, im Angesicht der großen Herren der Welt einen Sondervertrag mit Deutschland abzuschließen, da sah es so aus, als wenn auf absehbare Zeit kein Hund ein Stück Brot mehr von ihnen nehmen würde. Heute können die Moskauer Nachrichten sich förmlich umworben fühlen, umworben von England, umworben von Frankreich, und in manchen Hauptstädten scheint man wirklich zurzeit keine größere Sorge zu kennen als die, daß man bei dem berühmten russischen Geschäft möglicherweise zu spät kommen könnte.

Deutschland ist es bisher nicht gelungen, aus dem Vertrag von Rapallo irgendwelchen fühl- oder sichtbaren Nutzen zu ziehen und die gegenseitigen Beziehungen im Interesse beider Völker praktisch auszugestalten. Alles dies ist hier noch in der Schwebe; man reist, man verhandelt, man redet und man feilscht wohl auch, aber viel herausgekommen ist bei diesem eifrigen Treiben nicht. Und das, obwohl — oder weil? — hier von Regierung zu Regierung verhandelt wird, zwischen denen ja längst wieder offizielle Verbindungen bestehen. England sowohl wie Frankreich haben sich bisher zu amtlichen Verhandlungen mit Sowjetrußland nicht verstanden wollen; beide Länder haben es vielmehr vorgezogen, einen ihrer prominenten Wirtschaftsexperten an die Front zu schicken, Großbritannien den Mr. Urquhart, Frankreich Herrn Herriot. Und dieser wie jener haben bestimmte Abmachungen von ihrem Aufenthalt in Rußland mit nach Hause gebracht. Der Vertrag von Herrn Urquhart, der der unmittelbare Vorläufer eines ausgesprochenen Handelsabkommens sein sollte, wurde infolge von der Moskauer Zentralinstanz nach Ausbruch der neuen Orientkrisis nicht genehmigt, während die Mission des Herrn Herriot — wenn man den französischen Pressstimmen trauen darf — sehr günstige Aussichten bietet. Schon hat auch Ministerpräsident Poincaré mit Herrn Tschitscherin Fühlung genommen wegen Zulassung russischer Vertreter des Roten Kreuzes nach Frankreich, die wohl der erste Vorläufer für die Wiederaufnahme regelrechter amtlicher Beziehungen mit Rußland sein soll.

Nebenher läuft eine amüsante Presskampagne gegen England im allgemeinen und Lloyd George im besonderen. Mit allen Mitteln sucht man den Engländern in den Augen der Russen den Rang abzulaufen, ihre Orientpolitik zu verächtlichen, ihre geschäftlichen Absichten als auf Ausbeutung und Überbortelung gerichtet zu brandmarken. Nur die Franzosen seien einer selbstlosen Außenpolitik fähig; nur sie seien wahrhaft edelmütig und verlässlich. Bewunderungswürdig die unbefümmerte Art, mit der hier Geschäfte und Politik zusammengeknüpelt werden — auf Kosten des Bundesgenossen von gestern und angeblich auch noch von heute, den man mit aller Gewalt aus dem russischen Geschäft verdrängen will. Deutschland wird auf diesem Wege kaum noch als ein nennenswerter Hindernis empfunden. Die Russen kennen ja auch unsere verzweifelte wirtschaftliche Lage nur zu gut, als daß sie den Lockungen, die von ungleich stärkerer Seite kommen, auf die Dauer widerstehen könnten. Und da es nun schon mit Lloyd George so weit gekommen ist, daß die Franzosen es wagen können, mit ihm zu spielen wie die Katze mit der Maus, so werden die Sympathien der Moskauer Sowjetherren der angestrebten Neuorientierung auf die Dauer sicherlich widerstehen können. Jedenfalls sind sie es, die jetzt die Auswahl haben, — wenige Monate nach Genua! Sie sind es auch, die durch den von Frankreich unterstützten türkischen Sieg im Nahen Osten einen wesentlichen Machtzuwachs erlangt haben.

So sehen wir die Möglichkeit immer neuer politischer Kombinationen sich im Völkerebene herausbilden, diesen zur Freude, jenen zum Leide. Wird auch Deutschland noch einmal in die Lage kommen, aus diesem ewigen Fluß der menschlichen Entwicklung für sich Nutzen zu ziehen?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die werbefähigen Goldanweisungen.

Zu der geplanten Schaffung eines werbefähigen Zahlungsmittels, das durch die Goldvorräte der Reichsbank garantiert wird und den Schwankungen der Papiermark gegenüber den Auslandswerten nicht unterliegt, wird mitgeteilt, daß gegenwärtig dem Reichskabinett vorliegendes Gesetz werde möglichst gefördert werden. Wegen der technischen Vorbereitungen könnten aber die Goldanweisungen nicht vor Mitte November herauskommen. Die

Stärkung sei so gedacht, daß die kleinste Goldanweisung einem Wert von 25 Dollar entspräche.

„Reichsinteressengemeinschaft deutscher Polizeibeamten.“

Die Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen Organisationen der Polizeibeamten ist angeblich jetzt durch die bevorstehende Auflösung des „Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands“ vorläufig beendet. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, eine neue Zusammenfassung aller deutschen Polizeibeamten im Anschluß an den „Verband der Polizeibeamten Preußens“ vorzunehmen. Es soll eine „Reichsinteressengemeinschaft der Polizeibeamten Deutschlands“ geschaffen werden.

Durchführung des Grundschulgesetzes.

Auf eine Anfrage wegen angeblich zahlreicher Umgehungen des Grundschulgesetzes durch Privatschulen und Schulzirkel hat die Reichsregierung geantwortet, daß der Reichsschulausschuß sich bereits für energische Bekämpfung von Umgehungen des Grundschulgesetzes ausgesprochen habe. Die Reichsregierung werde sich an die einzelnen Länder in gleichem Sinne wenden.

Die Arbeitszeit der Hausgehilfen.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich mit dem Hausgehilfengesetzentwurf. Bekanntlich konnte der Reichswirtschaftsrat in seiner letzten Sitzung vor den Ferien in zweiter Lesung keine Einigung über den Gesetzentwurf erzielen. Man beschloß daher, zur Klärung der Lage nach den Ferien eine dritte Lesung vorzunehmen. Hierzu liegt eine ganze Reihe von Arbeitnehmeranträgen vor, die im wesentlichen die Wiederherstellung der Fassung des Sozialpolitischen Ausschusses bezwecken. Gegenstand recht lebhaften Meinungsaustausches bildet wieder die Frage der Arbeitszeit. In zweiter Lesung war auf Grund eines Arbeitgeberantrages eine Fassung gewählt worden, wonach der Hausgehilfe Anspruch auf eine ununterbrochene Nachtruhe von neun Stunden hat. Frau Mühsam (Arbeitgebervertreter) begründete jetzt einen Antrag, statt der neunstündigen Nachtruhe eine dreizehnstündige Arbeitsbereitschaft festzusetzen. Die Verhandlungen werden weiter fortgesetzt.

Reichspräsidentenwahl Ende 1924?

Die Parteien im Reichstage haben am Dienstag und Mittwoch eifrig über den Zeitpunkt der Neuwahl des Reichspräsidenten verhandelt. Die Mehrheitssozialisten hielten zunächst am 3. Dezember fest, sind aber bereit, einem verfassungsändernden Gesetz zuzustimmen, das die Amtsdauer des Präsidenten von 7 bis 12 Jahren verlängert. Die Deutsche Volkspartei wünscht dagegen, daß die Amtsdauer des Reichspräsidenten Ende des Jahres 1924 abläuft. Die meiste Aussicht auf Annahme hatte ein Kompromissantrag des Zentrums, den in Frage kommenden Paragrafen der Verfassung dahin zu ändern, daß die Amtsdauer des jetzigen Reichspräsidenten am 1. Juli 1925 ablaufen soll. Die Wahlen müßten dann im Frühjahr 1925 oder Ende 1924 stattfinden.

Frankreich.

Die internationale Eisenbahnkonferenz hat in Paris ihre Arbeiten begonnen. Die deutsche Eisenbahnverwaltung ist durch den Staatssekretär Stieler, Ministerialdirektor Vogel, Ministerialrat Wolf und Ministerialassistenten Hamel vertreten. Es handelt sich darum, eine internationale Eisenbahnunion zu schaffen, die nicht nur die europäischen Eisenbahnen umfassen soll, sondern zu der auch die chinesischen und japanischen Eisenbahnen zugelassen zu werden wünschen.

Großbritannien.

Kein Rücktritt Lloyd Georges, dafür Auflösung des Parlaments. Wie in Londoner politischen Kreisen zuverlässig verlautet, wird Lloyd George am Sonnabend in Leeds eine neue große Rede halten und darin mitteilen, welche Absichten er für die Zukunft habe. Lloyd George soll fest entschlossen sein, nicht von seinem Posten zurückzutreten, sondern das Parlament aufzulösen. In konservativen Kreisen glaubt man jedoch, daß ein solcher Schritt Lloyd Georges dem Ministerpräsidenten nicht vor der Demission retten wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Reichstag ist das Gesetz zugegangen, das den Preis für das erste Drittel der Umlage für die Tonne Roggen auf 20 500 Mark, Weizen auf 22 500 Mark, Gerste auf 19 000 Mark, Hafer auf 18 000 Mark festlegt.

Berlin. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Deutsche Allgemeine Zeitung vom 21. Oktober ab auf die Dauer von drei Monaten im besetzten rheinischen Gebiet verboten.

Berlin. Nach der Korrespondenz „Dena“ soll der Staatssekretär im Finanzministerium, Schröder, als Nachfolger des Herrn v. Simson als wirtschaftlicher Staatssekretär ins Amt versetzt werden. An seine Stelle im Reichsfinanzministerium tritt als Staatssekretär der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hilferding.

Hamburg. Die Verhandlungen in der Groß-Hamburg-Frage vor den Reichsinstanzen sollen noch in diesem Monat in Berlin stattfinden.

Wien. Bundeskanzler Dr. Seipel erklärte einer Abordnung industrieller Kreise, die Verhältnisse würden es der Regierung in Kürze gestatten, die Frage der Devisenhandels in kurzer Zeit durchzuführen.

Paris. Die Pariser Polizei hat zwei ausländische kommunistische Delegierte zum französischen Kommunistenkongress verhaftet, die der italienischen bzw. ungarischen Partei angehören. Es handelt sich um Vergehen gegen die Passvorschriften.

Moskau. Aus Tschita wird der Beginn der Räumung Wladiwostok durch die Japaner gemeldet. Die 6. Division ist bereits verladen. Am 25. Oktober wird der letzte Transport den Hafen von Wladiwostok verlassen.

Newyork. Trotz der gegenseitigen der Presse gegebenen Versicherungen ist der Gesundheitszustand Wilsons immer schlechter; der ehemalige Präsident spricht schwer, und die allgemeine Paralyse vollendet ihr Werk.

Deutscher Reichstag.

(258. Sitzung.)

CB. Berlin, 18. Oktober.

Die heutige Sitzung nahm in ihrem ersten Teile einen schließenden Verlauf. An der Spitze der Tagesordnung standen die Interpellation der Deutschnationalen wegen der Störung einer Versammlung im Zirkus Busch und die Interpellation des Zentrums, betreffend die Not der deutschen Wissenschaft. Beide Interpellationen werden später beantwortet werden. Die nächsten Punkte der Tagesordnung, Änderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige, Änderung der Verordnung über Lohnpfändung, Ergänzung des Besoldungsgesetzes und Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan wurden durch Überweisung an die zuständigen Ausschüsse nach kurzer Auseinandersetzung einstweilen erledigt. Nur kam zum Hauptstück der heutigen Beratung, zur ersten Verhandlung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die

Regelung des Verkehrs mit Getreide

aus der Ernte 1922. Es handelt sich hier um die Erhöhung der Sätze für die Getreideumlage. Da der Reichsernährungsminister noch nicht zur Stelle war, mußte hier eine längere Unterbrechung eintreten.

Nach Eröffnung der zweiten Sitzung begründete Minister Frey die Vorlage, wobei er namentlich hervorhob, daß bei der Festlegung der Preise für das erste Umlagequartal die inwischen eingetretene katastrophale Entwertung der Mark nicht vorausgesehen war. Mit Rücksicht auf das Maß dieser Entwertung sei die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der Preise sehr bescheiden. Weiter verteidigte der Ernährungsminister das Verhalten der Landwirte bei der Markentwertung und hob am Schluß besonders hervor, daß es hauptsächlich darauf ankomme, die Erzeugung zu steigern.

Preussischer Landtag.

(175. Sitzung.)

H. Berlin, 18. Oktober.

Nachdem die Eröffnungssitzung des neuen Arbeitsschnittes im Preussischen Landtag am Dienstag ausschließlich von einer über zwei Stunden beanspruchenden und recht stürmisch verlaufenen Geschäftsordnungsdebatte ausgefüllt war, trat das Haus heute in die sachliche Arbeit ein. Zunächst wurde die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Provinzialflottenverbandes Grenzmark Posen-Westpreußen ohne Aussprache erledigt. In der dritten Beratung wurde der Entwurf mit den bürgerlichen Stimmen gegen die Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten mit sehr knapper Mehrheit angenommen.

Es folgte die gemeinsame Beratung der großen Anfrage der Kommunisten über das Grubenunglück auf Zeche „Selene-Anale“ im Bergrevier Essen am 31. Mai d. J., dem 18. Tote und 29 Schwerverwundete zum Opfer fielen und über den Antrag der Kommunisten über die Anstellung von Grubenkontrolluren.

Der Vertreter des Handelsministers, Geheimrat Lange, gab eine Darstellung der Einrichtungen auf der Zeche und des Explosionsunglücks selbst. Durch die Untersuchung sei festgestellt worden, daß der Steiger Friedrich eine Bremsseiche mit Dynamit habe sprengen wollen und daß durch die Detonation dieses Sprengstoffes der in der Nähe lagernde Kohlenstaub aufgerührt und durch die Querschläge verdrängt worden sei. Es habe sich also um eine reine Kohlenstaubexplosion gehandelt. In der Angelegenheit der von den Kommunisten beantragten Grubenkontrolluren sei durch die erfolgte Heranziehung der Betriebsräte bereits ein großer Schritt vorwärts getan worden.

In der Besprechung der Anfragen erklärte Abg. Sage mann (Zentr.), daß das Zentrum dem Antrag auf obligatorische Einführung von Grubenkontrolluren nicht zustimmen könne. Das Betriebsrätegesetz reiche aus; die Arbeiter müßten nur von den Rechten, die sie haben, vollen Gebrauch machen.

Abg. Otter (Soz.) protestierte gegen leichtfertige Verwendung von Dynamit, das nur bei Genehmigung durch die Bergbehörde verwendet werden dürfe und anders aufbewahrt werden müsse.

Abg. Dr. Gerh (Soz.) machte u. a. geltend, daß die jetzt geforderten Preise viel zu hoch seien. Wenn man diese Preise bestehen lasse, müßte die Vermögenssteuer bedeutend erhöht werden. Statt dessen erlaube man es, daß die Zwangsanleihe, die das Biersteuern der Kohlensteuer bringen sollte, bis jetzt nur die Hälfte der Kohlensteuer gebracht habe. Weiter sprach der Redner von dem schlechten Willen der Landwirtschaft, die eigentlich die Wolllieferung verzögere. Die Angriffe, die er in dieser Beziehung gegen die Landwirtschaft richtete, hatten lebhafteste Gegenüberlegungen auf der Rechten zur Folge. Weiter gab er der Vermutung Ausdruck, daß man die Preise für das zweite Drittel und das letzte Drittel der Umlage noch viel höher bemessen werde. Er erklärte, daß wir dann auf den völligen Zusammenbruch unserer Ernährung, wenigstens unserer Broterzeugung, auf dem schnellsten Wege hinarbeiten würden.

Abg. Schiele (Deutschnat.) trat vom Standpunkte des Landwirts aus für eine erhebliche Erhöhung der Preise für das erste Drittel der Umlage ein. Bei seinen Ausführungen ging er auf viele sachmännliche Einzelheiten ein. — Die Verhandlungen nahmen noch geraume Zeit in Anspruch.

Der Rückzug der Amerikaner vom Rhein.

Durchführung bis Weihnachten.

Oft angekündigt, immer wieder hinauszugeschoben, jedenfalls nicht Tatsache geworden, soll nunmehr die Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen aus dem Rheinlande in Wirklichkeit vor sich gehen.

Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Maßnahmen vorbereitet, alle ihre Truppen aus dem Rheingebiet zurückzuziehen. Die Soldaten dürften bereits das nächste Weihnachtsest in ihrer Heimat verbringen. Dieser Entschluß wurde nach einer Unterredung bekanntgegeben, die zwischen dem Präsidenten Harding, dem Oberkommandierenden General Pershing und dem Kriegsminister Weeks stattfand.

In Washington erklären amtliche Kreise, die Teilnahme Amerikas an der Besetzung der Rheinlande habe ihren Zweck erfüllt und sei daher von jetzt ab nicht mehr notwendig. Nach Ansicht der Ratgeber Hardings wäre es bedenklich, die amerikanischen Soldaten noch länger in Deutschland verbleiben zu lassen, da daraus neue Verwicklungen in Europa entstehen könnten.

Bermischtes.

Das Konversationslexikon muß dran glauben!
Das Logographische Institut in Leipzig hat den Beschluß gefaßt, die seit drei Jahren vorbereitete Neuauflage von Meyers Konversationslexikon einzustellen. Der Verlag hat den Mitarbeitern, die bereits das Material für die ersten Bände fertiggestellt hatten, in einem Rundschreiben mitgeteilt, daß die Fortsetzung des auf zwölf Bände geplanten Lexikons unmöglich sei, und daß er allen Mitarbeitern kündigen müsse. Die Herausgabe des Werkes würde bei den heutigen Papierpreisen und Herstellungskosten ein Kapital von 50 bis 60 Millionen Mark für den Band erfordern. Der Verlag fügt hinzu: „Da erfahrungsgemäß erst nach dem Erscheinen des letzten Bandes ein Rücklauf des festgelegten Kapitals eintritt, so bedeutet schon bis dahin das Festlegen von 300 Millionen Mark eine Summe, wie sie kein Verlag aufbringen, noch bei den jetzigen Sätzen verzinsen kann.“

Die Organisierten. Ein hübsches Geschichtchen mit politischer Spitze erzählt ein Züricher Blatt: Ein reicher Bauer fuhr mit einem Bekannten über Land. Der Bauer leistete sich, während sein Gespann schwerfällig dahinzog, verschiedene Bravourstücke und machte sich ein besonderes Vergnügen daraus, mit der Peitsche allerlei Gegenstände zu treffen, die sich seinem Blick darboten. Zuerst hieb er einer Eidechse den Schwanz ab. Dann schlug er auf einen Maulwurf ein, der am Begrabe einen Hügel aufwarf. Plötzlich entdeckten die beiden Männer auf einem überhängenden Ast eines Baumes einen Wespenstich. „Hau zu!“ drängte der Freund, „zeige deine Kunst!“ Der Bauer aber zog die Peitsche rasch zurück und sagte: „Lieber nicht — die Wanze ist organisiert!“

Das Vorbild des Verfallers. Schon während des Weltkrieges hat man bei uns in Deutschland die unheimlichen Kriegerkampfe in historischen Vergleichen herangezogen, und später ist oft darauf hingewiesen worden, daß das Friedensdiktat von Versailles dem Frieden gleiche, den Rom im Jahre 201 v. Chr. den besiegten Karthagern auferlegte. Es ist bemerkenswert, daß jetzt auch in einer italienischen Zeitschrift die übereinstimmenden Punkte für Punkt aufgezeigt werden. Auffallende Ähnlichkeiten finden sich vor allem in der Festsetzung der Entschädigungssumme und dem Zahlungsmodus: Rom hatte die Zahlung von 10 000 Silber talenten, die auf 50 Jahresraten verteilt waren, gefordert. Es ist der größte Tribut, der je einem besiegten Volke im Altertum auferlegt worden war, und die Verteilung der Zahlungen auf 50 Jahre ge-

sah durchaus nicht etwa ausschließlich aus dem Grunde, weil man aus dem erschöpften Karthago nicht mehr als 200 Talente jährlich herauspressen konnte. Es sprach hier vielmehr der Wunsch der Römer mit, Karthago möglichst lange in der Stellung eines tributpflichtigen Vasallen zu erhalten. Das geht auch daraus hervor, daß auf den im Jahre 191 von Karthago gestellten Antrag, die Restsumme auf einmal bezahlen zu dürfen, die Antwort der Römer lautete, daß Rom keinen Pfennig vor dem dafür bestimmten Termin annehmen werde.

Ein Großmutter, Mutter und Kind in den Fitterrücken. Vor kurzem wurde in London Baron Louis M. van Neigersberg verstorben, ein holländischer Hufarenoffizier, mit Miß Burriel L. Ronalds Confling aus Newyork getraut. Diese Trauung war die letzte von drei Hochzeiten, die im Laufe von wenigen Wochen Großmutter, Mutter und Enkeltochter vor den Traualtar geführt haben. Frau Confling, die Mutter der in London getrauten Baronin, war am 1. Juli die Gattin des Newyorker Rechtsanwalts William Golden geworden, und am 29. Juli hatte deren Mutter, die Witwe eines Malers, im Alter von 79 Jahren dem General Aneeland Stillman, der auch schon über siebzig ist, die Hand zum Ehebande gereicht.

Ein „Lieber“ Hauswirt. Der Züricher Professor Farinetti hatte viele Jahre hindurch allein den ersten Stock einer Villa bewohnt und sich in größter Zurückgezogenheit seinen wissenschaftlichen Arbeiten gewidmet. Nun wurde die Villa, die seinem Freund, einem Obersten, gehört hatte, vor einiger Zeit an einen Fabrikanten verkauft, der kurz zuvor eine Säuglingsmutter geheiratet hatte. Die Neuwahlten wollten die Villa und den schönen Garten für sich allein haben, weshalb sie dem Professor kündigten. Da dieser aber nicht ausziehen wollte, beschloßen die beiden, Zwangsmittel anzuwenden. Sie verbrannten Schwefel in der Küche, damit die Dünste durch die Decke in das Studierzimmer des Professors dringen sollten. Auf der Treppe brachten sie einen Karbidapparat an, dessen Gase die Luft verpesteten, und im Garten ließen sie zwei gewaltige Bluthunde los, die dem Professor an die Gurgel zu springen drohten. Schließlich wurde im Garten ein Motor angebracht, der Tag und Nacht lärnte, und zuletzt ließ der Fabrikant das Wasser und das elektrische Licht absperren. Der Professor verließ den Hausbesitzer, und das Gericht verurteilte diesen zu fünf Monaten Gefängnis, worauf er es vorzog, die Sache gütlich beizulegen. Er zahlte dem Professor einige tausend Lire Schadenersatz; der Gelehrte mußte sich dafür allerdings verpflichten, die Wohnung zu räumen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Zum Tode verurteilt. Vor dem Obergericht Schwurgericht wurde eine Frau Gutzfeld, die ihren Schwiegersohn zur Ermordung ihres Mannes angestiftet hatte, ebenso wie der Schwiegersohn zum Tode verurteilt. Ihre Tochter erhielt wegen Beihilfe zum Mord acht Jahre Zuchthaus.

§ Zuchthaus für den Verrat militärischer Geheimnisse. Der zweite Straßensatz des Reichsgerichts verurteilte den 42 Jahre alten Kaufmann Gustav Schwerfink aus Eisleben wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu vier Jahren Zuchthaus. Schwerfink, der früher Vize in einem preussischen Ministerium war, verkaufte in Düsseldorf für 4500 Mark deutsche militärische Geheimnisse an einen französischen Kriminalkommissar.

§ Zum Tode verurteilt. Das Verbrechen an der Witwe Lehmann in Bielefeld, die in ihrem Hause ermordet und beraubt aufgefunden wurde, fand jetzt vor dem Torgauer Schwurgericht seine Sühne. Der Täter, Händler Otto, wurde zum Tode, seine Frau wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verbrecher haben damals die Leiche zerstückelt, verpackt und dann das Haus angezündet. Der Mörder Wilhelm Möller aus Gadenburg wurde im Hofe des Gerichtsganghais in Eisleben durch den Scharfrichter Späte aus Breslau enthauptet. Möller hatte am 16. März die Schulkinder Gerbert Reusch und Alma Voh in bestialischer Weise gemordet.

Briefkasten.

Zu dem Inserat betr. Beleidigung in Nr. 240 d. Jg. wird mitgeteilt, daß es sich um eine Frau Markus aus Königsfeld handelt.

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

22. Okt.	Sonne, teils Wolken, Nachts kalt.
23. Okt.	Wenig verändert.
24. Okt.	Sonne, Wolken, strichweis Niederschlag, milde.
25. Okt.	Wolken, veränderlich, normal temperiert.
26. Okt.	Wolken, teils heiter, strichweis Regen, kühl.
27. Okt.	Wenig verändert.
28. Okt.	Sonne, Nachts kalt.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Oktober 85.— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 86 ff. des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird öffentlich bekannt gemacht, daß die Firma August Krampke G. m. b. H. zu Schalksmühle die Sicherstellung und Eintragung des Rechtes in das Wasserbuch beantragt hat, ihre Wassertriebswerksanlage „Müllensmühle“ an der Volme in der Gemarkung Schalksmühle gemäß dem Antrage vom 28. November 1921 und dem beigelegten Lageplan vom gleichen Tage zu betreiben.

Der Antrag mit Lageplan liegt auf dem Dienstzimmer des Amtmanns in Halver während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus. Widersprüche sind bei dem unterzeichneten Bezirksauschuß als Wasserbuchbehörde schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 23. Oktober bis 20. November 1922 anzubringen.

Werden innerhalb der bestimmten Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Sicherstellung von Rechten Anderer zu einer Benutzung des Wassers nicht gestellt, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, so geht das Widerspruchsrecht verloren. Auch können nach Ablauf der Frist wegen nachteiliger Wirkung der Ausübung des sichergestellten Rechtes nur noch die im § 82 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden. Das sichergestellte Recht steht im übrigen einem verliehenen Rechte gleich. Bei Ablehnung des Antrages auf Sicherstellung wird nach Ablauf der Widerspruchsfrist die Eintragung des Rechtes mit der Wirkung erfolgen, daß sie gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erhoben haben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuch im Widerspruch steht.

Ueber die rechtzeitig erhobenen Widersprüche wird am

Dienstag, den 28. November 1922

— mittags 12 1/2 Uhr —

an dem genannten Standorte in der Gemarkung Schalksmühle vor einem Beauftragten des Bezirksauschusses verhandelt werden, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden. Diese Verhandlung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.

Arensberg, den 4. Oktober 1922.

Der Bezirksauschuß, Abteilung II,
Wasserbuchbehörde.

B. A. II C IX 152/21

12

Öffentliche Jugend-Versammlung

im Saale der freien evangel. Gemeinde Halver, Berlinerstr. 27a.
am Sonntag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr beginnend.
Thema: „Der Weg zur Persönlichkeit“.

Hedner: Prediger Krall, Schwelm.

— Gesangsvereine wirken mit. —

Jedermann ist herzlich eingeladen. — Eintritt frei!

M.-G.-V. „Wiesengrund“
Wiebelsaat.
Leitung: G. W. Kubbier.

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

am **Sonntag, den 22. Okt. 1922**
in der Kubbier'schen Festhalle zu Kierspe.
Beginn 5 Uhr pünktlich. —
— Kassenöffnung 4 1/2 Uhr.

Ausführende:
Verstärktes Städtisches Orchester
unter Leitung des Musikdirektors Kaus
M.-G.-V. „Wiesengrund“, Wiebelsaat.

Das Programm kostet 40.— Mk. und
berechtigt zum Eintritt. — Während der
Vorführung bleiben die Türen geschlossen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Kubbier'sche Festhalle Kierspe.

Sonntag, den 22. Oktober 1922,
ab 8 Uhr abends

TANZ-MUSIK

ausgeführt vom Städt. Orchester Lüdenscheid.

Die Unterzeichneten haben beschlossen, infolge der
Teuerung von Licht und Heizung die Geschäftszeit wie
folgt festzusetzen:

vormittags 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr,
nachmittags 2 „ 6 „

Die Kundschaft wird gebeten, die Neueinrichtung
auch mit Rücksicht auf das Personal zu unterstützen

Die vereinigten Ladeninhaber von
Schalksmühle und Umgegend.

Erhielt eine Partie

starke gestreifte Arbeiter-Hosen,
Waschjoppen Größe 46 bis 54,
gute Herren-Anzüge v. 9000 — 23000 M.
reinwollene Herren-Schlüpfer
beste Qualität **10500 M.**
Ende Oktober treffen **blauelelene Anzüge** ein.
Sämtliche Waren sind früh gekauft, daher
noch sehr billig.

Gardeweg, Kreuzberg
b. Wipperfurth.

Walter Schulte,

G. m. b. H. **HAGEN I. W.** G. m. b. H.
— Fernruf 3173. —
Treibriemen-Fabrik. 1383

Kernleder-Treibriemen für jede
Betriebsart. Riemenreparaturen
Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderband: Näh- und
Bänderriemen: Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Papiergeld-Taschen

von den einfachsten
bis zu den feinsten
Ausführungen empfiehlt

Wilhelm Bell Jr., Halver.

Elektro-Motore

Neuwickeln und Reparatur in eigener Werkstatt.
— Prüffeld 1500 Volt. —

Großes Lager in Motoren.

Elektrizitäts-Gesellschaft
Geisler & Schuller,
Hagen i. W., Elberfelderstr. 44.
— Telefon 2314. —

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holz-
bestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.
1339 Fernruf 1897 und 3965.

Milchverandscheine

liefert die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verloren! Preislisten, Kataloge

für die Klein-
eisenindustrie wer-
den als Spezialität schnell
u. preiswert angefertigt. Stelle
hierzu aus meinem
großen Vorrat Clichés
kostenlos zur Ver-
fügung.

Schaefer, Kierspe. Willh. Bell Jr., Halver i. W.

Bereitete
Turn- und Spiel-
vereine Halver
e. B.

Sonntag, den 22. Okt.,
nachm. 5 Uhr
im Vereinslokal Geschw.

Haupt-
versammlung.

Tagesordnung:
1. Aufnahme.
2. Bericht vom Bezirksfest.
3. Winterfest.
4. Beitragsnacherhebung.
5. Wahlen der Abgeordneten.
6. Ersatzwahl des Geschäfts-
führers.
7. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen
bittet
der Turnrat.

Schießen-
Gesellschaft
Halver.

Sonntag, den 22. Okt.,
ab 1 Uhr

Schlussschießen,
ab 3 Uhr

Schießen der Stedher.
Nach dem Schießen
gemütl.

Zusammenkunft
im Vereinslokal
Der Vorstand.

Tüchtiger
Galvaniseur

für selbständige Stellung
gegen gute Entlohnung für
sofort oder später gesucht.

Metallwarenfabrik
Haurand, Halver.

Moderne
Damen- und

Herren-Garderoben

kaufen Sie vorteilhaft
auch auf

Teilzahlung
im

Bekleidungshaus
„Westfalia“.
Hagen i. W.,
Elbers-Ufer 10,
Eingang Haidenstr.

Spielfarten
empfehlen
Willh. Bell Jr., Halver.